



Alternativantrag

der Fraktionen **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**

zu „Bürgerbeteiligung an der Windkraft sicherstellen“ (Drs. 19/1989)

Den Windkraftausbau weiterhin mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Um die Energiewende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen, muss die Bundesregierung nicht nur ein Zeit- und Mengengerüst für den Ausbau der Erneuerbaren Energien bis 2040/2050 vorlegen, sondern auch mit gezielten Maßnahmen die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessern.

Der Landtag unterstützt daher alle Maßnahmen, die bundesweit einheitliche Regelungen für eine frühzeitige Informations- und Beteiligungsverpflichtung sowie Angebote für freiwillige finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zum Ziel haben.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass:

- bundesweit Regelungen für frühzeitige Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut werden,
- freiwillige finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden,
- positive finanzielle Beteiligung der Kommunen ermöglicht werden. Dies könnte beispielsweise durch eine Änderung der Gewerbesteuer-Zerlegung zugunsten der Gemeinden umgesetzt werden,
- eine bundesweite Informationskampagne zur Windenergie durchgeführt wird,

- die Bürgerwindparks z.B. durch Einrichtung einer Service-Stelle auf Bundesebene gestärkt werden.

Andreas Hein
und Fraktion

Bernd Voss
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion